

Wirtschaftsdirektor Christoph Brutschin



«Basel ist von der
Krise weniger
betroffen als andere»

Am 14. September 2008 wurde der Sozialdemokrat Christoph Brutschin mit 21'838 Stimmen in den Basler Regierungsrat gewählt. Seit Beginn des Jahres steht er nun dem Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSD) am neuen Standort am Rheinsprung vor.

Interview mit Christoph Brutschin
von Niggi Freundlieb

Christoph Brutschin wurde 1996 Rektor der Handelsschule KV Basel, an der er auch bis zuletzt unterrichtete. Der gelernte Nationalökonom mit Führungserfahrung in der Privatwirtschaft war von 1992 bis 2006 Mitglied des Grossen

Rates, bei dem er der Finanzkommission, der Bau- und Planungskommission, der Kommission für Wirtschaft und Abgaben sowie als Präsident der Spezialkommission Pensionskassengesetz angehörte. Acht Jahre lang war Christoph Brutschin Mitglied des Bankrates

Alter: 51
Zivilstand: verheiratet, eine Tochter
Erlernter Beruf: Höhere Wirtschafts- und Verwaltungsschule HWV, Universitätsabschluss als Mag. und lic. rer. pol.
Heutige Position: Vorsteher Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSD)
Hobbys: Zeitung lesen, Kino, geselliges Zusammensein mit Freunden

der Basler Kantonalbank, fungierte von 2001 bis 2005 als Vizepräsident der SP-Fraktion im Grossen Rat und gehörte während fünf Jahren der SP als Geschäftsleitungsmitglied an.

Als Nachfolger von Ralph Lewin hat Christoph Brutschin das nach der Verwaltungsreform neu gestaltete WSD übernommen, dem im Zeichen der Wirtschaftskrise eine Schlüsselrolle zukommt.

«Geschäftsführer»: Zuerst einmal: Wie haben Sie sich eingearbeitet und wie waren die ersten Wochen im neuen Amt, das Sie ja in unruhigen Zeiten antreten mussten?

Christoph Brutschin: Dank der Vorbereitung durch Ralph Lewin und der Unterstützung der Mitarbeitenden im Departement Arbeit konnte ich mich in kürzester Zeit gut in meinem Amt einleben. Heute ist es ja nicht mehr so, dass man sich peu à peu in ein Amt einarbeitet, sondern man muss sofort loslegen, was mir, denke ich, gut gelungen ist. Natürlich wäre es angenehmer gewesen, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen besser gewesen wären, aber das konnte ich mir halt nicht aussuchen.

Die Regierung hat jetzt einen Dreistufenplan vorgestellt, um die Konjunktur zu stützen. Wie beurteilt die Regierung die Situation? Wie lange wird die Krise andauern und wie betrifft sie den Wirtschaftsstandort Basel?

Die Basler Regierung teilt die Einschätzungen des Staatsekretariats für Wirtschaft (seco) oder von grossen Konjunkturforschungsunternehmen, dass spätestens Ende 2010 ein erster Aufschwung einsetzen dürfte. Auf der Ebene der Realwirtschaft kann ich mir vorstellen – und unsere Planungen gehen eigentlich davon aus –, dass der Aufschwung sogar ein bisschen früher eintritt. Was den Standort Basel anbelangt, besteht weiterhin die berechnete Hoffnung, dass wir nicht ganz so stark von der Krise tangiert werden. So soll laut Prognosen in Basel das Bruttoinlandsprodukt um ein Prozent zurückgehen, während für die Schweiz ein Negativwachstum von zweieinhalb Prozent prognostiziert wird.

Was sind die Gründe für diese auf den Standort Basel bezogen eher moderate Einschätzung?

Ich vermute, mit dem Hauptstandbein Pharma ist die Region Basel einfach etwas resistenter. Entscheidend ist allerdings, dass die Industrie, wie wir das ja mit unserem Dreistufenplan auch initiiert haben, ebenfalls Investitionsentscheidungen vorzieht, was positive Auswirkungen auf das Gewerbe und die Zulieferindustrie haben wird.

Besteht nicht gerade in Basel wegen der starken Abhängigkeit vom Pharma-beziehungsweise Life-Sciences-Bereich die Gefahr eines Klumpenrisikos?

Natürlich haben wir diesen Klumpen, aber Zürich hat das mit dem Finanzklumpen auch. Und da muss ich ehrlich sagen, dass mir unser Klumpen näherliegt, denn für die Produkte der Pharmaindustrie besteht eine weltweite Nachfrage, während die Finanzindustrie doch um einiges weniger berechenbar ist.

Generell sagt die Regierung aber, dass die Möglichkeiten des Kantons, Einfluss auf die Krise zu nehmen, klein sind. Weshalb?

Die Einflussnahme eines 37 Quadratkilometer grossen Kantons auf die Auswirkungen einer globalen Krise ist nun mal beschränkt. Immerhin haben wir ein Paket von rund 80 Millionen Franken geschnürt, das seine Wirkung entfalten wird. Grundsätzlich soll der Staat nicht in das Geschehen der privaten Akteure eingreifen. Unsere Aufgabe ist es zum Beispiel, die in einer Rezession typische Zurückhaltung der privaten Investoren bis zu einem gewissen Teil auszugleichen.

Warum hat die Regierung auf ein eigentliches Konjunkturprogramm verzichtet?

Soll ein Konjunkturprogramm greifen, muss es sehr schnell umgesetzt werden, da sind sich die Experten einig. Die Lancierung eines eigentlichen Investitionskonjunkturprogramms braucht aber einen gewissen zeitlichen Vorlauf. Und bis ein solches Programm seine Wirkung entfaltet, haben wir bereits wieder einen Aufschwung, und dann wäre es sogar kontraproduktiv. Ausserdem sollte der Kanton in Zeiten sinkender Einnahmen seine Ausgaben beziehungsweise seine Schulden nur sehr eingeschränkt erhöhen, denn steigen dereinst die Zinsen wieder, wird eine Rückzahlung dieser Schulden zur Belastung.

Die Regierung will zur Stützung der Konjunktur rund 80 Millionen Franken aufwenden. Wie wird das Geld verwendet?

Ein grosser Teil der 80 Millionen betreffen geplante und kurzfristig realisierbare Projekte, die so weit wie möglich vorgezogen werden, zum Beispiel im Bereich Gebäudesanierungen, da ist auch zum Teil mit zusätzlichen Bundesmitteln und aus dem Förderabgabefonds zu rechnen. Investitionen im Bereich Unterhaltsmassnahmen für Bauten und Liegenschaften des Kantons sowie für Stadtgestaltung und Allmendinfrastruktur sollen vor allem das lokale Gewerbe unterstützen. Wobei ich feststelle, dass das Basler Gewerbe zurzeit noch recht gut ausgelastet ist. Weiter fördern wir den Tourismusbereich, in dem ebenfalls mit zusätzlichen Bundesmitteln zu rechnen ist, und verstärken unsere Förderung von Jungunternehmen. Ebenfalls wirksam wird auch zum Beispiel die Erstellung des Glasfasernetzes der IWB,

mit dessen Bau bereits dieses Jahr begonnen werden soll und an dem bis in zehn Jahren rund 80 Prozent aller Basler Haushalte angeschlossen sein sollen.

Wie soll die Kaufkraft der Bevölkerung erhalten werden?

Das Steuersenkungspaket, das grösste, das in Basel je beschlossen wurde, kommt jetzt zum richtigen Zeitpunkt zum Tragen. Ich bin davon überzeugt, dass die durchschnittlichen Steuersenkungen von zehn Prozent ihre Wirkung zeigen werden. Dann fahren wir die Begleit- und Betreuungskapazitäten für Menschen, die arbeitslos werden, hinauf. Mit einer diesbezüglichen Zunahme muss natürlich gerechnet werden, unklar ist allenfalls die Höhe. In diesem Zusammenhang halte ich die Erhöhung der Bezugsdauer bei Kurzarbeit von 12 auf 18 Monate für eine sehr gute Massnahme. Das alles hilft, die Kaufkraft der Menschen zu erhalten. Es ist deshalb auch nicht geplant, am Niveau der Sozialleistungen zu kratzen.

Wie beurteilen Sie die momentane Situation auf dem Lehrstellenmarkt?

Die Lehrstellensituation scheint sich glücklicherweise im Hinblick auf den Lehrbeginn August 2009 nicht oder nur ganz wenig zu verschlechtern. Dafür ist den regionalen Ausbildungsbetrieben ausdrücklich zu danken. Sorgen machen mir allenfalls jene Lehrlinge, die im Herbst ihre Ausbildung beenden und eine Stelle suchen. Da prüfen wir zurzeit verschiedene Möglichkeiten. Denkbar wäre zum Beispiel eine Art Hosting, in dessen Rahmen Unternehmen den Lehrlingen zur Überbrückung, bis eine geeignete Stelle gefunden werden kann, eine Beschäftigung anbieten.

Almhotel Told
1/3 Inserat